

# POSITIONSPAPIER DER INITIATIVE PRO CBD

## CBD-Potenziale erkennen und Wirtschaftsstandort Deutschland stärken

Aktuell wird das jährliche Verkaufsvolumen von CBD-Produkten in Deutschland auf ca. 1,83 Mrd. Euro geschätzt. Bis 2025 soll dieser Wert auf bis zu 3,01 Mrd. Euro wachsen (New Frontier Data, EU CBD Consumer Report Series 2019). Entlang der gesamten Wertschöpfungskette des CBD-Marktes, von Forschung und Entwicklung über Anbau und Produktion bis hin zum Vertrieb, werden zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt.

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa im internationalen Vergleich zu stärken und Verbrauchern hierzulande den Zugang zu CBD-Produkten zu ermöglichen, müssen eine klare Regulierung, die Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Produkte sowie ein offener Dialog zwischen Industrie und Entscheidungsträgern umgesetzt werden.

Die CBD-Industrie fordert daher mehr Regulierung, Kontrolle der bestehenden Regelungen sowie Aufklärung zum Schutz der Verbraucher.

Dazu zählen:

- › Anhebung des THC-Höchstwertes für europäischen Nutzhanf auf 1,0 %
- › Schaffung eines umfassenden Rechtsrahmens für Produktion und Vertrieb von CBD-Produkten
- › Abgestimmte Rechtsverordnungen der Länder für eine einheitliche Praxis der jeweils zuständigen Behörden auf kommunaler und Landesebene
- › Gesetzliche Regeln zur Abgrenzung zwischen CBD als Arzneimittel und CBD für die nicht-medizinische Anwendung
- › Anerkennung und Förderung von Forschungsergebnissen

## Fehlende Regulierung des CBD-Marktes verunsichert Verbraucher und Industrie

Der Umgang mit CBD-Produkten, in Form von Kosmetika, Tierfuttermitteln oder als Nahrungsergänzungsmittel ist gerade in Deutschland von großer Unsicherheit geprägt: Vom völligen Verbot über Duldungen bis hin zu förmlichen Genehmigungen besteht bundesweit ein Flickenteppich von Entscheidungen, die es den Marktteilnehmern sehr schwer machen, ihre

Produkte anzubieten. Auch werden VerbraucherInnen durch diese unterschiedliche behördliche Praxis verunsichert.

Auf europäischer Ebene wurde eine in der Vergangenheit eher kritische Sichtweise auf CBD-Produkte durch eine im Dezember 2020 ergangene Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (Az. C-663/18) zur Frage, ob CBD-Produkte als Betäubungsmittel einzuschätzen sind und dies verneint wurde, bereits beendet. Zitat aus dem Urteil: „das in Rede stehende CBD, anders als Tetrahydrocannabinol (gemeinhin als THC bezeichnet), ein weiteres Cannabinoid des Hanfs, (hat) offenbar keine psychotropen Wirkungen oder schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit“.

Daraufhin hat auch die Europäische Kommission ihre Haltung geändert und erklärt, dass sie nunmehr zu dem Schluss gelangt ist, dass Cannabidiol nicht als Suchtstoff im Sinne des Einheitlichen Übereinkommens der Vereinten Nationen über Suchtstoffe anzusehen ist, da es keine psychotrope Wirkung hat. Infolgedessen kann Cannabidiol als Lebensmittel eingestuft werden. Die bis zu dieser Entscheidung von der EU-Kommission auf „Eis gelegten“ und bereits eingereichten Anträge zur Zulassung als „neuartige Lebensmittel“ im Sinne der Novel-Food-Verordnung sind nun schnellstmöglich zu evaluieren, um die Unsicherheiten bei Marktteilnehmern und Verbrauchern zu reduzieren. „Wir fordern eine Übergangsfrist für den Vertrieb von CBD Produkten als Nahrungsergänzungsmittel, deren Produzenten einen Novel Food Antrag eingereicht haben, ähnlich wie dies in der UK (FSA, 2020) praktiziert oder in den Niederlanden toleriert wird.“

Während stets mehr europäische Länder das wirtschaftliche Potenzial von CBD-Produkten sehen und sich positionieren, führt in Deutschland eine fehlende allgemeingültige Regulierung des CBD-Marktes weiterhin zu massiven Unsicherheiten bei Verbrauchern und Industrie. Daraus lassen sich klare Forderungen für die politische Arbeit in Deutschland ableiten:

## **Umfassende Regulierung gehört auf die politische Agenda**

Die bestehende Rechtsunsicherheit beeinträchtigt die Entwicklung eines „sauberen“ Marktes mit seriösen Anbietern. Die VerbraucherInnen erwarten klare Informationen und Produktsicherheit, unseriöse Gesundheitsversprechen etwa sind eindeutig abzulehnen – das erfordert hohe Qualitätsstandards sowie einen klaren Rechtsrahmen und dessen Umsetzung durch die Behörden.

Es ist daher notwendig, einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Produktion und den Vertrieb von CBD-Produkten zu schaffen und die einheitliche Auslegung der Rechtslage durch die Landesüberwachungsbehörden sicherzustellen. Die Initiative Pro CBD wird darauf hinwirken, dass in den Koalitionsvertrag der nächsten Regierung das Ziel einer umfassenden Regulierung für CBD-Produkte verankert wird. Dabei stehen folgende konkrete Maßnahmen an:

## 1. Anhebung des THC-Höchstwertes für europäischen Nutzhanf

Grundlage für Produkte mit Cannabidiol (CBD) auf dem deutschen Markt ist EU-zertifizierter Nutzhanf mit einem THC-Gehalt unter 0,2%, der legal zu industriellen Zwecken von Bauern in der EU angebaut werden darf. Industriedhanf ist ein Naturprodukt und unterliegt daher klima- und witterungsbedingten Schwankungen. Gerade in den vergangenen heißen und wasserarmen Sommern überschritten etliche Nutzhanfsorten den bisherigen Grenzwert von 0,2% THC, sodass die Ernten gänzlich von den Landwirten vernichtet werden mussten.

Eine Anhebung des THC-Höchstwertes für europäischen Nutzhanf gibt den Landwirten Rechtssicherheit und ist auch in anderen europäischen Ländern inzwischen üblich (z.B. 0,3% in Österreich, Tschechien, Luxemburg sowie 0,6% in Italien und 1,0% in der Schweiz). Auch das EU-Parlament empfiehlt in seinen Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik, den THC-Gehalt für europäisch angebauten und zertifizierten Nutzhanf auf 0,3% zu erhöhen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Eine Entscheidung der Trilogverhandlungen steht noch aus. Hier kann Deutschland handeln und einen wichtigen Schritt für die Existenz und Zukunft der nachhaltigen Landwirtschaft gehen.

Inzwischen diskutieren mehrere EU-Länder die Anhebung des Grenzwertes auf 1,0%, u.a. Polen und Tschechien. Ohne eine gleichwertige Anhebung in Deutschland würde dies zu massiven Wettbewerbsnachteilen für deutsche Hersteller führen, da CBD und THC in Nutzhanfsorten in einem bestimmten Verhältnis vorkommen. Höhere THC-Grenzwerte im Rohstoff bedeuten höhere CBD-Erträge in der Extraktion. Der Anbau von Nutzhanf in Deutschland zur Nutzung als Rohstoff für die CBD-Extraktion würde von Landwirten nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Die Konsequenz wäre das Einstellen des Anbaus, Deutschland würde eine der wertvollsten Kulturpflanzen für eine nachhaltige Agrarpolitik verlieren.

Mit einer Anhebung des THC-Grenzwertes für europäischen Nutzhanf geht die Politik kein Risiko ein, da die häufig geäußerte Sorge, ein zu hoher THC-Anteil in Nutzhanf könne zum Missbrauch führen und befördere den Anbau zu illegalen Zwecken im Sinne des BtMG, schlichtweg unzutreffend ist:

Ein Betäubungsmittelmissbrauch kann bei EU-zertifiziertem Nutzhanf ausgeschlossen werden: Medizinisches Cannabis kann bis zu 30% des psychoaktiven Wirkstoffs Tetrahydrocannabinol (THC) enthalten und fällt daher ganz klar unter das Betäubungsmittelgesetz. Im Gegensatz dazu enthält EU-zertifizierter Nutzhanf nur sehr geringe Restmengen von unter 0,2% THC. Ein Betäubungsmittelmissbrauch ist bei diesem Agrarrohstoff daher so gut wie ausgeschlossen. Dennoch unterfallen bestimmte Pflanzenteile des Nutzhanfs dem Betäubungsmittelgesetz, obwohl sie keinerlei berauschende Wirkung besitzen. Selbst eine vom EU-Parlament vorgeschlagene Anhebung des THC-Höchstwertes für europäischen Nutzhanf auf 0,3% wäre noch 300-mal niedriger als der Wert einer medizinischen Cannabisblüte mit 30% THC.

## 2. Abgrenzung zw. CBD als Arzneimittel und CBD für die nicht-medizinische Anwendung

Sinnvoll wäre es zudem, eine pharmakologische Dosis festzulegen, unterhalb derer Produkte als Nahrungsergänzungsmitteln eingestuft werden. Für viele Produkte gibt es eine

Trennung nach pharmakologischer Wirkung. Fest definierte Grenzwerte lassen eine eindeutige Zuordnung von Produkten nach pharmakologischer Wirkung zu und sorgen für Klarheit bei zuständigen Behörden, Anbietern und Verbrauchern.

So werden beispielsweise Koffeintabletten mit vergleichsweise höherem pharmakologischen Effekt als Arzneimittel eingestuft und in Apotheken vertrieben, während weniger stark wirkende Produkte als Nahrungsmittel oder Nahrungsergänzungsmittel ausgezeichnet werden und im Supermarkt erhältlich sind. Eine ähnliche Differenzierung CBD-haltiger Produkte würde diese hinsichtlich ihrer Wirkung klassifizieren und somit für Transparenz sorgen.

Um die Sicherheit für CBD-Produkte zu gewährleisten, müssen realistische Vorgaben, Grenzwerte und Qualitätsstandards für diese Produkte gelten, z.B. durch eine unabhängige Zertifizierung.

### **3. Umsetzung der bestehenden gesetzlichen Regelung und Sanktionierung bei Verstößen**

Das Heilmittelwerbeengesetz (HWG) und die Europäische Health Claims Verordnung bieten klare und ausreichende Regelungen, um Verbraucherschutz sicherzustellen. Dies gilt insbesondere für sog. Heilaussagen bei Nahrungsergänzungsmitteln: Verboten sind Heilaussagen zu expliziten Krankheiten, diese gilt es konsequent zu ahnden. Auch darf mit externen Nutzererfahrungen zu diesen Themen nicht offensiv geworben werden.

Unseriöse Anbieter auf dem Schwarzmarkt müssen konsequent bekämpft und der Jugend- und Verbraucherschutz garantiert werden. Eine Abgabe von CBD-Produkten für den nicht-medizinischen Gebrauch sollte ausschließlich an Erwachsene erfolgen.

### **4. Schaffung fairer und einheitlicher Wettbewerbsbedingungen**

Im deutschsprachigen Raum fehlt es an einheitlichen Regeln. So werden Produkte in Österreich und der Schweiz mit Heilversprechen beworben, während dies – vollkommen zu Recht – von deutschen Behörden bei deutschen Anbietern sanktioniert wird. Ein fairer Wettbewerb erfordert eine einheitliche Regulierung.

Während in internationalen Märkten die Zahlungsdienstleister und Verkaufsplattformen, wie etwa PayPal oder Amazon, CBD-Produkte problemlos anbieten und abrechnen, bestehen in Deutschland dafür erhebliche Hürden. Grund dafür sind u.a. die restriktiven Vorgehensweisen örtlicher Behörden und eine Unsicherheit darüber, ob und welche Produkte in Deutschland erlaubt sind. Auch hier zeigt sich, dass eine Regulierung des Marktes unabdingbar ist.

## 5. Anerkennung und Förderung von Forschungsergebnissen

Es gilt, einen laufenden Austausch mit Entscheidern in der Politik und den Behörden sowie der Forschung zu etablieren, um stets die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu berücksichtigen und Regulierungen erforderlichenfalls anzupassen.

Dazu ist die Forschung über die Wirkungsweise und Sicherheit von CBD-Produkten zu fördern, insbesondere durch klinische Studien zu pharmakologischer Wirkung im niedrigen CBD-Dosisbereich.

## 6. Anerkennen der Vorteile des Nutzhanfanbaus auf die Umwelt und das Klima

Nutzhanf ist ein schnell nachwachsender Rohstoff, bewährter Bodenreiniger und kann als Teil der Fruchtfolge die Kulturvielfalt im Ackerbau fördern. Außerdem ist aufgrund des geringeren Stickstoffbedarfs und der geringeren Aufwendungen für die Kulturpflege zu erwarten, dass die Treibhausgasemissionen pro Hektar geringer sind als bei anderen Nutzpflanzen (z. B. Weizen, Raps, Mais). Nutzhanf kann in unzähligen Agrarbereichen für eine klima- und bodenschonende sowie biodiversitätsfördernde Landwirtschaft verwendet werden und bietet somit eine sinnvolle Alternative zum Schutz des Klimas und der Umwelt, die es entsprechend staatlich zu unterstützen gilt.

Initiative Pro CBD e.V.  
Neuer Wall 41, 20354 Hamburg

[info@initiative-pro-cbd.de](mailto:info@initiative-pro-cbd.de)  
[www.initiative-pro-cbd.de](http://www.initiative-pro-cbd.de)

